

Die Gruppen von Vertretern von der SPD, Bündnis 90 Die Grünen und die Vertreter vom SSW beantragen:

Die Regierung von Schleswig-Holstein soll sich darum kümmern, dass wichtige Regeln in das Bundes-Teilhabe-Gesetz kommen.

Der Landtag soll beschließen:

Menschen mit Behinderung haben alle Menschen-Rechte.

Sie sollen wie Menschen ohne Behinderung leben können.

Sie sollen alles dürfen, was Menschen ohne Behinderung dürfen.

Die UN-Konvention zu Behinderten-Rechten regelt das auch für Deutschland.

Deutsche Politiker müssen Gesetze für Menschen mit Behinderung ändern.

Die Gesetze müssen zur UN-Konvention zu Behinderten-Rechten passen.

Bisher gibt es viele Gesetze für die Hilfe für Menschen mit Behinderung.

Da steht zum Beispiel drin, wieviel Geld die Menschen bekommen.

Oder welche Sachen die Menschen bekommen.

Für Menschen mit Behinderung soll es ein neues Gesetz geben.

Die Menschen sollen wählen können, welche Hilfe sie wollen.

Das nennt man modernes Bundes-Teilhabe-Gesetz.



**Die Regierung von Schleswig-Holstein soll helfen,
damit es in Deutschland ein gutes Teilhabe-Gesetz gibt.**

Dabei achtet die Regierung besonders auf diese Sachen:

- 1. Das Bundes-Teilhabe-Gesetz soll bald fertig sein.**
Es soll spätestens im Jahr 2017 in ganz Deutschland gelten
- 2. Alle Regeln für Menschen mit Behinderung sollen in ein Gesetz.**
Nur ein Amt ist für alle Hilfen zuständig.
- 3. Menschen mit Behinderung können die passende Hilfe auswählen.**
Sie können sich passende Hilfe wünschen.
Es gibt öfter das persönliche Budget für Menschen mit Behinderung.
- 4. In allen Gesetzen bedeutet Behinderung dasselbe.**
Dazu soll sich das Gesetz an bekannte Regeln halten.
Diese Regeln nennt man kurz auch ICF.
- 5. Ämter beachten bei Menschen mit Behinderung dieselben Regeln.**
Dabei ist am wichtigsten, was ein bestimmter Mensch braucht.
Das gilt bei der Planung von Geld und Hilfe.
Und wenn ein Mensch mit Behinderung Geld oder Sachen bekommt.
- 6. Menschen mit Behinderung bekommen öfter persönliche Assistenz.**
So können Menschen mit Behinderung mehr selbst bestimmen.
Auch in der Schule gibt es Begleitung für Menschen mit Behinderung.





7. Überall gibt es Beratung für Menschen mit Behinderung.

Die Menschen müssen nicht weit zur Beratung gehen oder fahren.
Die Berater haben gleich gute Infos zu allen möglichen Hilfen.

8. Menschen mit Behinderung bekommen die Hilfe, die sie brauchen.

Das gilt auch bei besonderen Hilfen.

Menschen mit Behinderung bekommen diese Hilfe
auch wenn sie etwas mehr eigenes Geld verdienen,
auch wenn sie etwas Geld besitzen.

Menschen mit Behinderung dürfen wohnen, wo sie wollen,
auch wenn das Wohnen dort mehr kostet als in Wohnstätten.

9. Jeder Mensch mit Behinderung soll Geld bekommen.

Dies Geld heißt Bundes-Teilhabe-Geld.

Es ist egal, welche Behinderung die Menschen haben
oder wie viel sie besitzen.

Das Bundes-Teilhabe-Geld bezahlt der deutsche Staat.

Menschen mit Behinderung dürfen selbst über das Geld bestimmen.

**10. Menschen mit Behinderung bekommen genauso viel Hilfe
von der gesetzlichen Pflegeversicherung
wie Menschen ohne Behinderung.**

11. Alle Hilfe für Kinder und Jugendliche wird in einem Gesetz geregelt.

So bekommen Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung
die gleichen Hilfen.





12. Alle Menschen können da arbeiten, wo sie wollen.

Menschen mit Behinderung bekommen ein Budget für Arbeit.
Damit bezahlen sie Hilfe am Arbeitsplatz.

13. Menschen mit Behinderung können wählen, wo sie arbeiten wollen.

Sie können in einer Werkstatt für Behinderte Menschen arbeiten.
Oder sie können einen Beruf an einem anderen Arbeitsplatz machen.
Beim Wechseln vom Werkstatt-Platz zum Arbeitsplatz und zurück
gibt es keine Nachteile für Menschen mit Behinderung.

**14. Alle Bundes-Länder bekommen Geld von der deutschen Regierung.
Mit diesem Geld bezahlen die Bundes-Länder Hilfe.**

So bekommen Menschen mit Behinderung überall die gleiche Hilfe.

Wolfgang Baasch und die Vertreter der SPD im Landtag
und Dr. Marret Bohn und die Vertreter von die Grünen im Landtag
und Flemming Meyer und die Vertreter vom SSW im Landtag
wollen, dass dieser Antrag so beschlossen wird.

